BastA!

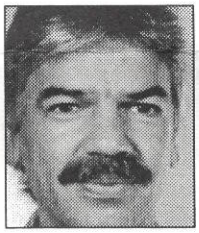
Nr. 1 / Februar 2000

Basels starke Alternative

AZB
4005 Basel
Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

Frühlingserwachen?

Die Regierungsratswahl im Kanton Basel-Stadt bleibt spannend. Wird Rita Schiavi oder Carlo Conti das Rennen machen? Am 12. März erhalten wir die Antwort. Noch haben wir die Wahl zwischen einer Kandidatin, die für ein weltoffenes und soziales Basel einsteht, und einem Kandidaten, der eine dezidiert bürgerliche Politik vertritt.



Rita Schiavi hat im ersten Wahlgang ein gutes Resultat erzielt, und ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass sie die geeignete Person ist, um das bestehende Regierungsteam zu ergänzen. Rita Schiavi ist eine Frau mit grosser Sachkenntnis und breitgefächertem Interesse. Sie ist eine beharrliche und manchmal auch unbequeme Politikerin, die sich nicht mit vorschnellen Antworten und Scheinlösungen zufrieden gibt. Doch bei der bevorstehenden Wahl geht es nicht nur um Köpfe und Kompetenzen, sondern auch um unterschiedliche politische Konzepte.

Rita Schiavi vertritt eine fortschrittliche und pointiert linke Politik. Sie stellt die soziale Frage ins Zentrum ihrer Überlegungen und Aktivitäten. Ohne soziale Gerechtigkeit ist keine Demokratie denkbar. Es gilt heute als modern, soziale Einrichtungen abzubauen und öffentliche Dienstleistungen auszulagern. ‚Fortschritt' kann unter diesen Umständen heissen, das zu bewahren, was sich bewährt hat. Doch das allein genügt nicht. Der rasche gesellschaftliche Wandel stellt uns vor Herausforderungen, die nach innovativem Denken und Handeln rufen. Deregulierung und freie Marktwirtschaft sind keine Antworten auf die anstehenden Probleme. Der Markt hat weder ein soziales Gewissen noch ein Gerechtigkeitsempfinden. Wenn es uns nicht gelingt, die Marktkräfte zu bändigen, wird die Kluft zwischen arm und reich weiter wachsen. Linke Politik will Lebensqualität für alle, nicht nur für diejenigen, die sie sich finanziell leisten können.

Carlo Conti steht für eine bürgerliche Politik, die sich vorwiegend den Interessen der "oberen Zehntausend" verpflichtet fühlt. Er macht sich beispielsweise für die Abschaffung der Erbschaftssteuer stark. Von dieser Massnahme würden in erster Linie die Reichen profitieren. Carlo Conti ist auch ein Befürworter der Privatisierung von Staatsbetrieben. Die Vorgänge in der Zentralwäscherei haben uns gerade kürzlich wieder deutlich vor Augen geführt, was dabei für die Beschäftigten herauskommt: Entlassungen, schlechtere Arbeitsbedingungen und tiefere Löhne. Mit der SVP im Nacken werden sich die bürgerlichen Parteien vermehrt nach rechts orientieren. Die Ablehnung des Rahmenkredits "Wohnumfeldaufwertung" durch CVP und FDP ist ein deutliches Signal für

Fortsetzung Seite 2

Die von BastA! lancierte Initiative für eine Entlassungssteuer ist mit 4125 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative fordert, dass Unternehmen, die Gewinne schreiben und gleichzeitig Stellen abbauen, auf der abgebauten Lohnsumme eine Steuer zu entrichten haben. Ausgenommen wären Kleinbetriebe und neu gegründete Firmen. Die Initiative will gezielt jene Unternehmen zur Kasse bitten, die nur aus Profitgünden Angestellte entlassen und Stellen abbauen. Bild: Rita Schiavi und Peter Weishaupt (rechts) bei der Übergabe der Unterschriften im Innenhof des Rathauses.

Aktionsprogramm Stadtentwicklung

Mit dem Rahmenkredit "Wohnumfeldaufwertung" sollen 25 Mio. zur Verfügung gestellt werden, um belastete Quartiere wohnlicher, sicherer und menschenfreundlicher zu machen.

Den entsprechenden Grossratsbeschluss, der auch von der Regierung einhellig befürwortet wurde, bekämpften die Rechtsaussenparteien - verstärkt durch Teile der Bürgerlichen und der DSP-Fraktion - mit einem Referendum, über das nun am 12.März abgestimmt wird.

Als unsere Fraktion im Grossen Rat seinerzeit dem Projekt 'Werkstadt Basel' zustimmte, hatte sie dies nicht ohne Skepsis getan. Sie äusserte die Befürchtung, dass Bürgerinnen und Bürger, die Zeit und Energie in die Werkstätten investierten, nachher enttäuscht werden könnten, wenn sinnvolle Werkstadtprojekte nicht umgesetzt würden. Und wir wiesen darauf hin, dass allfällige Umsetzungen nicht ohne finanzielle Mittel möglich sein würden.

Von den vielen Ideen, welche im Werkstadtprozess entwickelt worden sind, ist die Forderung nach Aufwertung des Wohnumfeldes in besonders belasteten Quartieren die wichtigste. Sowohl die Ergebnisse der Werkstadt als auch Umfragen bei WegzügerInnen haben gezeigt, dass Familien vor allem deshalb die Stadt verlassen, weil sie keine Familienwohnungen finden, und weil viele Quartiere kinderfeindlich und durch Lärm und Strassenverkehr belastet sind.

Mit dem "Rahmenkredit Wohnumfeldufwertung" sollen nun konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität belasteter Quartiere geplant und realisiert werden. So sollen Schulwege sicherer gemacht und Wohn- und Begegnungsstrassen gebaut werden. Quartierplätze und Hinterhöfe, aber auch Strassen sollen begrünt und damit mindestens teilweise den AnwohnerInnen "zurückgegeben" werden. Ausserdem sollen mit dem Geld unterirdische Quartierparkings geplant werden, welche zusätzlichen Lebensraum für die Menschen schaffen.

Die Forderung nach Aufwertung des Wohnumfelds in belasteten Quartieren ist das wichtigste Ergebnis der Werkstadt Basel

Fremdenfeindlichkeit als Ablehnungsmotiv?

Welche Beweggründe mögen die Gegnerschaft aus der rechten Ecke gegen diesen Kredit mobilisiert haben? Man kommt nicht um den Verdacht herum, dass fremdenfeindliche Motive mit verantwortlich sind, dass diese Kreise sich dagegen wenden, Geld in Quartiere zu investieren, in denen viele Migrantinnen und Migranten wohnen. Oder soll gar eine Verslumung, und damit eine Ghettoisierung der MigrantInnen der Zweck der Übung sein? Soll mit der Verhinderung von zusätzlicher Lebensqualität eine Situation geschaffen werden, die den gängigen Vorurteilen zusätzliche Nahrung gibt?

Damit dies nicht geschieht, hat sich auf der anderen Seite ein breites Komitee gebildet, dem Vertreterinnen und Vertreter fast aller Parteien sowie der Quartiervereine angehören. Ein klares JA zum 25-Millionen-Kredit am 12. März wird ein Zeichen dafür sein, dass Basel die Bedürfnisse seiner Bewohnerinnen und Bewohner ernst nimmt, und dass in erster Linie dort investiert werden soll, wo Menschen an ungebremster Zivilisation zu leiden haben. Es wird aber gleichzeitig ein JA zu einem Diskussionsprozess von unten sein, einem Beispiel für gelebte, direkte Demokratie, das Schule machen sollte.

Rita Schiavi

Frühlingserwachen?

(Fortsetzung)

diesen Trend. Die 25 Millionen würden vor allem belasteten Quartieren zugute kommen, in denen viele Migrantinnen und Migranten leben (siehe auch den Artikel von Rita Schiavi auf Seite 2).

Wir haben die Wahl. Rita Schiavi steht für das soziale und weltoffene Basel, Carlo Conti für eine bürgerliche Politik, die der Entsolidarisierung der Gesellschaft Vorschub leistet. Am 12. März ist der kalendarische Frühlingsbeginn bereits in Griffnähe. Wird uns der Wahlsonntag mit einem vorzeitigen Frühlingserwachen überraschen?

Martin Flückiger

Abstimmungsparolen

BastA! hat an der gut besuchten Mitgliederversammlung im Quartiertreffpunkt Davidseck folgende Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 12. März beschlossen:

Kantonale Vorlagen:

- **Ja** zum Rahmenkredit Wohnumfeldaufwertung (siehe nebenstehenden Artikel)
- **Ja** zur Verfassungsänderung betreffend Abschaffung des Beamtenstatus
- **Ja** zur Gesetzesinitiative "für einen gerechten Teuerungsausgleich beim Staatspersonal".

Eidgenössische Vorlagen:

- **Ja** zum Bundesbeschluss über die Reform der Justiz
- **Nein** zur Volksinitiative "für die Beschleunigung der direkten Demokratie"
- **Ja** zur Volksinitiative "für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden"
- **Stimmfreigabe** in Bezug auf die Volksinitiative "zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie" (siehe nebenstehenden Artikel)
- **Ja** zur Volksinitiative "für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs" (siehe Artikel)

Menschenwürdige Fortpflanzung?

BastA! beschliesst Stimmfreigabe bezüglich der Initiative für eine menschenwürdige Fortpflanzung.

Die Anfang 1994 eingereichte Initiative für eine menschenwürdige Fortpflanzung verlangt das Verbot der In-Vitro-Fertilisation (IVF), d.h. der Zeugung im Reagenzglas, sowie ein Verbot der heterologen Insemination, das heisst der Zeugung mittels Spendersamen. Die Initiative wird von einem breiten Komitee getragen, das von CVP Mitgliedern dominiert wird und ein konservativ-christliches Familienideal vertritt. Präsident ist der langjährige ehemalige Basler CVP Grossrat Guido Appius, ebenfalls Mitglied ist Ständerat Gian-Reto Plattner.

Gute Gründe gibt es für das in der Initiative geforderte Verbot der In-Vitro-Fertilisation. Indem sie der Forschung Embryonen und Eizellen zugänglich macht, schafft diese Methode Voraussetzungen für mögliche Manipulationen am menschlichen Erbgut. Auch beinhaltet die Anwendung dieser Methode die Gefahr, zu eugenischen Zwecken missbraucht zu werden. Ähnliches gilt für die Samenspende. Jede Anwendung zu eugenischen Zwecken und jegliche Kommerzialisierung muss verhindert werden.

Grundsätzlich ist es jedoch problematisch, einigermassen etablierte Verfahren zu verbieten. Dies fördert einen unerwünschten Medizintourismus, den sich nur Begüterte leisten können. Ein generelles Verbot der Samenspende lässt sich nur mit der Sorge um klare Abstammungs- und Familienverhältnisse begründen. Die bereits bestehende gesetzliche Regelung bietet hier Schutz vor möglichem Missbrauch. Ein Wandel der Familenstrukturen vollzieht sich auch ohne moderne Fortpflanzungsmedizin.

Aus diesen Ueberlegungen verzichtet BastA! auf eine Abstimmungsempfehlung.

Daniel Gelzer

umverkehR

Abstimmungen

Die Verkehrshalbierungsinitiative, die am 12.März zur Abstimmung gelangt, verlangt, dass der motorisierte Strassenverkehr innerhalb von 10 Jahren halbiert wird. BastA! hat an der Mitgliederversammlung vom 7.Februar einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Heute haben wir 20 Mal soviel Autoverkehr wie im Jahre 1950. Ohne Änderung unseres Mobilitätsverhaltens, werden wir im Verkehr ertrinken. Auf diese fatale Entwicklung ist die Halbierungsinitiative die nötige Reaktion. Sie verbietet das Autofahren nicht, verlangt aber einen bewussteren Umgang damit.

Die angestrebte Reduktion des Privatverkehrs um die Hälfte ist durchaus realistisch, und zwar weitgehend ohne nachhaltigen Mobilitätsverlust. Um auf den Stand von 1975 zurückzugehen, wird eine Verlagerung vom Auto auf umweltfreundichere Verkehrsmitttel wie Velo, Tram, Bus und Bahn nötig sein. Sogar Schusters Rappen bietet sich als Alternative (etwa für den Einkauf im nahegelegenen Quartierladen) an. Zudem braucht es mehr Effizienz beim Autofahren: Autoteilen, gemeinsam fahren, Verwendung nur bis zum nächsten Bahnhof sind dafür die Stichworte.

Auch ein Vorschlag zur Verkehrshalbierung: Trabi mit 1 PS in Berlin

Die Vorteile dieser Verhaltensänderung sind enorm: Mehr Sicherheit, mehr Ruhe, mehr Gesundheit, mehr Raum, kurz - eine höhere Lebensqualität. Die Strasse wäre wieder - wie früher - für alle da, eine grössere (Bewegungs-) Freiheit wäre die Folge. Zugegeben, die eingefleischten AutobefürworterInnen würden im Gebrauch ihres Vehikels (teilweise) eingeschränkt. Deshalb löst die Initiative Angst aus. Das Abstimmungsresultat wird massgeblich davon abhängig sein, inwieweit diesem Teil der StimmbürgerInnen auch die beschriebenen Vorteile ins Bewusstsein gerufen werden können.

Neben dem Ja-Stimmen ist es deshalb wichtig, dass wir jetzt vor der Abstimmung im Bekannten- und Freundeskreis zeigen, dass eine Reduktion des Autoverkehrs nicht nur sinn-, sondern auch lustvoll ist. *Elisabeth Blösch-Batschelet*

Spendenaufruf

...so leer sieht es in unserer Kasse aus...

PC 40-31244-5

www.basta-bs.ch

BastA! ist seit neuestem auch im Internet präsent. Sie finden unsere Website unter der oben aufgeführten Adresse.

Neben aktuellen Informationen zu Wahlen, Abstimmungen und sonstigen Aktivitäten enthält die Website auch unser politisches Programm, Veranstatlungshinweise und Angaben über unsere Grossrätinnen und Grossräte. Die Seite ist noch im Aufbau begriffen. Wenn einzelne Rubriken keine Texte enthalten, versuchen Sie es später noch einmal. Für Anregungen und Kritik steht Ihnen unsere e-mail-Adresse zur Verfügung:

sekretariat@basta-bs.ch

Geld stinkt

Satire

Unser Finanzexperte Mark Dax widerlegt ein altes Vorurteil.

Haben Sie schon an einem Hunderternötli gerochen? Es stinkt. Geld *muss* stinken. Diese Behauptung ist nicht aus der Luft gegriffen, obwohl Gestank sich zweifelsohne gasförmig manifestiert. Urteilen Sie selbst. Ich werde meine These hieb- und stinkfest beweisen, und dies gleich vierfach.

(A) Der praktische Beweis

Stellen Sie sich folgende alltägliche Szene vor: Ein unbescholtener Bürger verpflegt sich fastfoodmässig. Er bezahlt seinen Hamburger mit einem fabrikneuen Hunderternötli. An den Händen der Verkäuferin, die das Nötli entgegennimmt, kleben winzige Partikel von Ketchup. Der nächste Kunde ist ein Waffenhändler, dessen rechter Zeigefinger Schmauchspuren aufweist. Er bezahlt mit einer Tausendernote und kassiert das Hunderternötli als Retourgeld. Der Waffenhändler wiederum spendet das Nötli dem Ex-Ehrenvorsitzenden der CDU, und schon haben wir den Salat. Nach nur drei Handwechseln stinkt das Nötli 1. nach Druckerschwärze 2. nach zerquetschter Tomate 3. nach sinnlos verschossenem Pulver und 4. nach Kohl.

Geizkragen könnten gegen meine Beweisführung einwenden, Geld müsse ja nicht unbedingt die Hand wechseln. Als Finanzexperte versichere ich Ihnen: Ein Nötli, das nie die Hand wechselt, ist kein Geld, sondern wertloses Papier.

(B) Der marxistische Beweis

"Die Zirkulation schwitzt beständig Geld aus." (*Karl Marx*, Das Kapital)
"Schweiss stinkt." (*Deo Dorant*, Die Achselhöhle)
Als Marxist wende ich mich an mündige Bürgerinnen und Bürger. Den Schluss überlasse ich daher Ihnen.

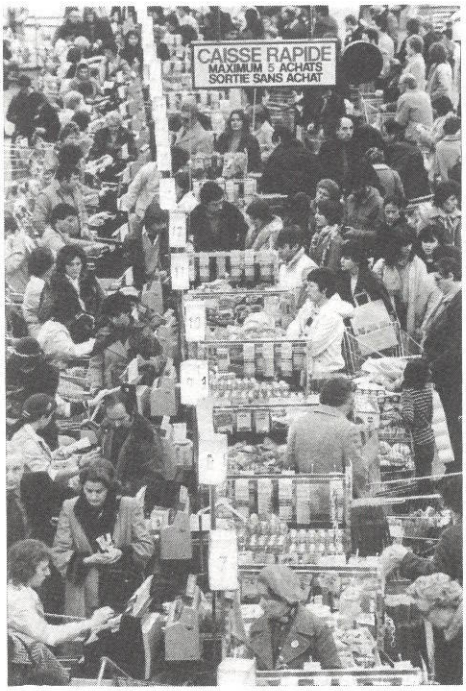
(C) Der esotherische Beweis

Ursprünglich war Geld eine feinstoffliche Substanz, sozusagen der Astralleib der Ware. Doch dann kam der Sündenfall: Das Feinstoffliche fusionierte mit dem Nötli. Seither haftet am Geld der Gestank der Materie. (Frei nach *Ruder Steinolf*, Dornach)

(D) Der logische Beweis

Die logische Beweisführung ist unwiderlegbar, ist sie doch weder einer bestimmten Ideologie verpflichtet, noch mit den Zufälligkeiten der praktischen Erfahrung infiziert. Sie erfolgt in Form eines klassischen Syllogismus, das heisst, wir schliessen in drei Schritten vom Allgemeinen auf das Besondere. Wir gehen aus vom allgemeingültigen Satz: *Alles, was gewaschen wird, stinkt.* Diesen Satz beziehen wir nun auf die Feststellung: *Geld wird gewaschen.* Logischer Schluss: *Geld stinkt.*
Was zu beweisen war.

Mark Dax



„Ein Nötli, das nie die Hand wechselt, ist kein Geld, sondern wertloses Papier."
(Foto: Interfoto)

Anmerkung der Redaktion: Unsere Kassiererin ist glückliche Besitzerin einer Gasmaske. Also keine falschen Hemmungen, sollte Ihnen Ihr Geld stinken...

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr. _____.–

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).

Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 4.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

2. Wahlgang

Jetzt gilt's

Rita Schiavi in die Regierung

Impressum: Nr. 1/Februar 2000. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Martin Brunner, René Etter, Martin Flückiger, Regula Iselin. Druck: Rumzeis Basel